

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Inesrate: Mosse-Annoncen AG, Limmat- Rolf Net, Beat Schweingruber 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Tel. 0 (01) 47 75 30 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Wird Zürich zum zweiten Kaiseraugt der Schweiz?

Y - eine Stadt wird betrogen

Wenn diese Zeitung gedruckt wird, ist möglicherweise in Zürich bereits eine Bürgeraktion im Rollen, die durchaus kaisersaatnahe Ausmasse annehmen kann. Die «Gewaltfreie Aktion Milchbuckunnel» (GAM) will einen vorläufigen Baustopp im Zürcher Expressstrassenbau erwirken, notfalls mit einer Besetzung des Baugebietes. An den bisherigen Versammlungen der

GAM wurde vor allem auch von älteren Einwohnern immer wieder betont, dass die Zürcher Bevölkerung jetzt lange genug belogen und betrogen worden sei, dass sie sich endlich für ihre Rechte wehren müsse. Der folgende Artikel legt dar, wie es zu dieser heutigen Situation kam, was für die Zürcher auf dem Spiel steht und welchen Sinn Widerstand jetzt noch hat. bs

Eine Zeitlang war es Mode, an öffentlichen Bauwerken die Inschrift anzubringen: «Durch den Willen des Volkes». Solches steht beispielsweise über dem Eingang zur Zürcher Universität. Am Zürcher Expressstrassen-Ypsilon, sollte es tatsächlich je einmal fertig gebaut werden, müsste alle paar hundert Meter eine grosse Tafel stehen: «Gegen den Willen des Volkes». Vielleicht ergänzt mit dem Untertitel: «Aber durch den Willen der Wirtschaft und die Zwangsgenauigkeit der Regierung».

Tatsächlich ist jeder halbe Kilometer dieser innerstädtischen Autobahnverbindung auf mehr oder weniger harten Widerstand der Bevölkerung gestossen. Das Spektrum dieses Widerstandes reicht von Protesten an Quartierversammlungen über Petitionen, Volksinitiativen, parlamentarische Vorstösse aller Art bis zu Hausbesetzungen (1974 in Schwamendingen); unterstützt wurde er von einzelnen Parteien, von Fachvereinigungen und ganzen Pressekampagnen.

Obschon die Summe der Argumente gegen das Ypsilon oder gegen Teile davon immer deutlicher zum Ausdruck brachte, dass es auf einer völlig verfehlten Verkehrskonzeption beruht, obschon die Stimmbürger der Stadt Zürich diese Konzeption mehrmals deutlich ablehnten, ist bis jetzt nicht mehr als Oberflächenkosmetik daran betrieben worden: Hier ein Stück weit unterirdisch, da durch diesen Strassenzug statt durch jenen, dort ein etwas kleineres Anschlusswerk.

Die Geschichte des Zürcher Ypsilons, dieses teuersten und umstrittensten Nationalstrassenabschnittes, ist nicht nur die einer Planungssturheit, sondern gleichzeitig die Geschichte einer krassen Missbehandlung von Demokratie und Volkswillen.

Dass Autobahnen nichts in den Stadtzentren zu suchen haben und schon gar nichts in den Zentren historisch gewachsener Städte, hat man in Europa längst herausgefunden. Nicht so in der Schweiz. Während Grossstädte wie Frankfurt, Köln, Paris, Mailand usw. bereits umfahren waren, haben Planer und

Politiker bei uns die Autobahnen wacker in und durch die Stadtkerne geführt. Bern, Luzern, Zürich, St. Gallen und teilweise Basel sind die krassen Beispiele dafür. In Bern haben dann die unmöglichen «geologischen Verhältnisse» noch in den sechziger Jahren den Politikern geholfen, den Planerunsinn zu begraben; dafür werden jetzt die Naherholungsgebiete rings um die Stadt kaputtgemacht.

Die Chonik eines Volksbetrugs

In Zürich sind mit den städtischen Expressstrassen derart handfeste wirtschaftliche Interessen und Ambitionen

Grosser «konzept»-Report

Lehrerentlassungen

staatsstreu, loyal und väterländisch
Armee-Gegner sollen per Volksabstimmung aus den Schulstuben gewiesen werden Seite 3

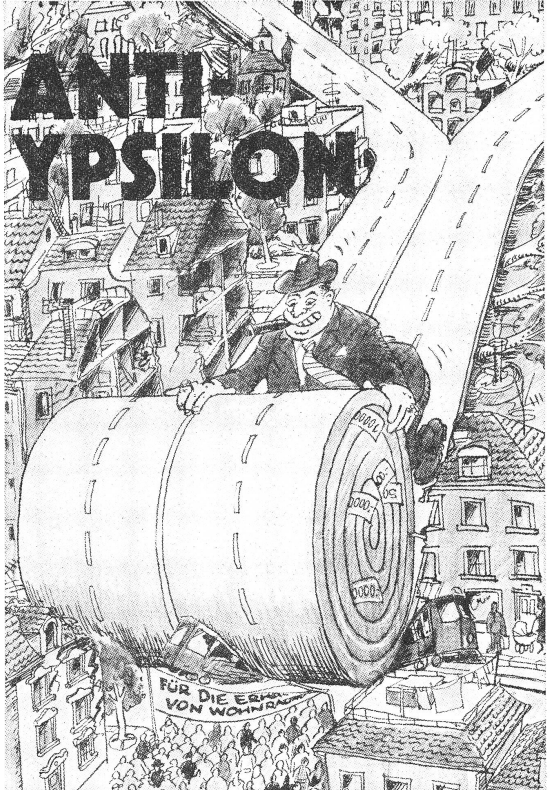
Demokratisches Manifest
Der Widerstand organisiert sich Seite 3

«Unschweizerisches ausmerzen»
Die Repression hat Tradition
Auf dem Boden der Verfassung
Politiker vergiften das Klima — heute wie vor dreissig Jahren.
Verfassungsrechte werden eingeschränkt Seite 4/6

Angst ist, was bleibt ...
Entlassene Lehrer erzählen Seite 4

Faschismus in Chile
Statt Erziehung ... Militär Seite 5

Verdamnte Frauen
Kulturförderung bei Landis & Gyr Seite 7



Dieses Titelbild einer Broschüre der PdA zeigt ziemlich umfassend die verheerenden Folgen des Expressstrassen-Y für die Stadt: Zerstörung von meist billigem Wohnraum, Beeinträchtigung des Wohnwerts in weitem Umkreis, Vernichtung prächtiger alter Alleen, Verschandelung ganzer Flussufer, Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrs. Es illustriert auch die Niederwalzung des Volkswillens. Was es nicht zeigt, ist die zusätzliche Autolawe, die sich an mehreren Stellen ins städtische Strassennetz ergossen wird; es zeigt auch nicht die weitere Steigerung der Bodenpreise, die wiederum zusätzlichen Wohnraum verdrängen wird.

Beleuchtende Bericht, mit dem die Stimmbürger amtlich über die Abstimmungsvorlage informiert wurden, war mehr als tragwürdig ausgefallen. Die Fachverbände gegen I und Y protestierten, einem neuen Brief an den Regierungsrat gegen Inhalt und Form dieses Berichts und warfen ihm vor, er enthalte erhebliche Fehler, krasse Widersprüche und «eine an sich unstatthafte Kritik an der Volksinitiative, die zudem falsch dargestellt wird». Er fehlte zudem «entscheidende Unterlagen», es fehlten Hinweise auf die Expertisen von Fachleuten, die Darstellung war unobjektiv, und nicht einmal die Kosten waren in der Vorlage enthalten.

Im Abstimmungskampf selbst wurde von den Y-Befürwortern — zu denen nebst dem Automobilverbänden und den Fachverbänden insbesondere die Wirtschaft und die Geschäftswelt gehören: Finanzinstitute, Warenhäuser, City-Vereinigungen, Bauunternehmungen usw. — kaum eine Manipulation und kaum eine Demagogie unversucht gelassen. So wurde zum Beispiel die Eröffnung des ersten Y-Teilstücks, der äusserst umstrittenen Sihlhochstrasse, auf wenige Tage nach der Abstimmung hinausgezögert. Erfahrungsgemäss sind solche Eröffnungen mit grossem Protest der betroffenen Quartiere verbunden, was sich natürlich auf die Abstimmung ausgewirkt hätte.

Der Umstand, dass das Nein zum Ypsilon auf dem Stimmtzettel mit einem Ja (zur Initiative gegen das Y) ausgedrückt werden musste, wurde perfid zur Verwirrung des Stimmbürgers genutzt. («Nein zu einem Millionenflüchlerwerk») mit dem Bild einer Expressstrasse war eines der verbreitetsten Plakate der Y-Befürworter! Praktisch jedes Argument der Gegner wurde in einer Flut von Plakaten, Inseraten und schönen Broschüren verdreht.

... mit zwiespältigem Ausgang

Trotzdem wurde im September 1974 in der Stadt Zürich die Initiative deutlich angenommen bzw. das Ypsilon verworfen. Im ganzen Kanton hingegen trat

das ein, worauf die Y-Befürworter abgezielt hatten: Keine der Vorlagen erhielt eine Mehrheit, der kleine Nein/Nein-Überschuss liess beide Waagschalen in die Tiefe sinken.

Formaljuristisch und in der Interpretation der Behörden galt nun die Meinung jener 11%, die zweimal Nein geschrieben hatten, als «Volkswille», während die 43%, die gegen das ganze Y waren, plus die 46%, die für eine Reduktion des Y stimmten, einfach vernachlässigt wurden.

Der Regierungsrat interpretierte das Ergebnis in dem Sinn, dass «das Volk keine Veränderung des bisherigen Konzeptes» wolle! Obwohl sich also 89% der Stimmbürger für eine totale oder teilweise Streichung ausgesprochen hatten. Der Stadtrat, im Parlament darauf geachtet, was er angesichts der Annahme der Initiative in der Stadt zu tun gedanke, wertete sich, «an der Interpretation des Abstimmungsergebnisses teilzunehmen».

Rezession statt Demokratie

Im weiteren hat eine Untersuchung zweier Soziologen kurz nach der Abstimmung ergeben, dass zahlreiche Stimmbürger der verwirrenden Fragestellung zum Opfer gefallen sind und ihren Stimmtzettel falsch ausgefüllt haben. Nach dieser Untersuchung hätten in der Stadt 71%, auf dem Land immer noch auf 55% der Urnengänger eigentlich gegen das Ypsilon stimmen wollen.

Obschon also sogar formal feststeht, dass die Mehrheit der Stadtbewohner gegen das Y ist, dass die grosse Mehrheit der Kantonsbevölkerung zumindest gegen die jetzige Form des Y ist, und mit faktischer Sicherheit sogar gegen das Y überhaupt, haben sich weder Stadtrat noch Regierungsrat bemüht gefühlt, auch nur um einen Zoll von ihrer Haltung abzuweichen.

Im Gegenteil: Unter dem Vorwand

Fortsetzung auf Seite 2



Das kommt auf Zürich zu! Diese Riesenschlucht frisst sich von Schwamendingen her gegen das Stadtzentrum vor. Man beachte das Mehrfamilienhaus in der rechten oberen Ecke — eines von über hundert.

zeichnete: dieses wichtige Dokument war der Öffentlichkeit seit 1968 mit fadenscheiniger Begründung durch die Behörden vorenthalten worden, und es gehörte zu einer ganzen Reihe unterschlagener Informationen.

Manipulierter Abstimmungskampf ...

Ein weiteres Manöver des Kantonsrates bestand darin, ohne Rücksprache mit den Initianten den Titel der Volksinitiative «in irreführender Weise» abzuändern, und zwar wurde dem ursprünglichen Titel «Volksinitiative gegen das Expressstrassen-Y» noch der Zusatz «... und für die Aufnahme der Südmehrfamilienhäuser in Nationalstrassenzone» angehängt. Das war eine klare und unerlaubte Gewichtsverschiebung, denn den Initianten und Unterzeichnern des Volksgehrens war es in erster Linie um die Streichung des Y gegangen und erst in zweiter Linie um die Aufnahme der Südmehrfamilienhäuser. Diese Prioritätenfolge wurde durch den willkürlich abgeänderten Titel verwischt. Es war vorauszu sehen, dass dies der Initiative einige tausend Stimmen kosten musste, denn auch die Südmehrfamilienhäuser stiess bereits auf grosse Opposition der Bevölkerung, die mittlerweile überhaupt gegen jeden Strassenbau grossen Stils eingestellt war.

Nicht genug damit, die Kantonsregierung musste noch mehr Munition gegen die Initiative verschleppen. Die Weisung des Regierungsrates, der sogenannten

verbunden, wird von Automobil- und Wirtschaftsverbänden ein solcher Druck ausgeübt, dass sich die städtischen und die kantonalen Behörden noch immer und mit Nachdruck hinter das Milliardenmonstrum stellen.

In den sechziger Jahren machte sich vor allem lokale Opposition bemerkbar. So etwa in Wollishöfen, wo das wichtigste Erholungsgebiet des Quartiers, der Entlisberg, einer 900 Meter langen, und 80 Meter breiten Autobahnschlucht der N 3 (Chur-Zürich) weichen musste. 1962 verlangten die Wollishöfer mit 11 400 Unterschriften die Überdeckung des Entlisbergabschnittes. Der Bundesrat war dagegen, unter anderem weil er ein Präjudiz für weitere Turnbewünsche in Siedlungsgebieten fürchtete, und das Stadtparlament schrieb das Volksbegehren als «gegenstandslos» ab. Was zum Schutz eines militärischen Übungsplatzes möglich war (Autobahntunnel unter der Thuner Allmend) sollte zum Schutz von Siedlungs- und Erholungsgebiet nicht in Frage kommen.

Mit der Zeit begannen einzelne Planer, Architekten, Politiker usw. die Konzeption des Ypsilons, dieser dreiermigen Autobahnverbindung mitten durch das Stadtzentrum, grundsätzlich in Frage zu stellen. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungskampagnen zu städtischen und verkehrspolitischen Fragen, betrieben aus den verschiedensten Winkeln (Architekturstudien, linke Parteien, Mieterkampf, Architekten und andere Fachgruppen), bewirkten all-

Ein Frühlingsanfang ohne Frauen?

Die «fräuliche» Märznummer des «Konzept» bringt ein Gespräch mit Jutta Menschlik über «Frauenbewegung heute», einen authentischen Bericht vom Brüsseler Frauentribunal und eine «Patriarchats-Besprechung» von Klara Obermüller ... und natürlich ein paar andere «Konzept»-Themen für an Frauen Uninteressierte!



Die Abschrift des Vortrags über «Frauenbewegung heute», den Jutta Menschlik auf Einladung der Progressiven Frauen Schweiz (PFS) gehalten hat, ist gegen 2 Franken in Briefmarken erhältlich bei: Redaktion «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

«konzept»-Leser wissen mehr und durchschauen mehr. Als Abonnent sind Sie regelmässig dabei!

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

- Ja bis Dezember 76 für 12 Fr. (Ausl. 16 Fr.)
- zum Schülerpreis von 8 Fr. (Ausweiskopie beilegen)
- zusammen mit dem «zürcher student» (Mai 76 bis Febr. 77) für 20 Fr.
- Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____
Adresse mit PLZ: _____
Beruf: _____
Datum: _____

Talon einlesen an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten* (als Probenummer*) und kiosk* (auf ein Inserat in nächstehend genannter Zeitung hin*). Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): _____ dk 76/4

Fortsetzung von Seite 1

Der Revisionsbekämpfung wird der Bau des Y nun beschleunigt vorangetrieben. Der Bau des Milchbuckeltunnels, Kernstück des Y, der vom Bundesrat gleich nach der Abstimmung um 4 Jahre zurückgestellt worden war, wird jetzt vorgezogen. Hinter dieser Eile steht aber ein ganz anderer Gedanke: In den Schulbladen der Regierung liegt seit anderthalb Jahren eine neue Initiative gegen das Y, eingereicht von den POCH, und diesmal mit einer einfacheren Formulierung und ohne den Pflaster der Siedlungsfahrt. Diese Initiative muss spätestens 1977 vor das Volk gebracht werden. Und erneut versuchen die Behörden, vorher das Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen.

3X versuchte Demokratie

Der Proteststurm von 1971 und die wachsende Opposition mündeten unmittelbar in drei Versuche aus, die Y-Umstritt zu stoppen:

- 1. Im März 1971 verlangte SP-Gemeinderat Albert Näf mit 19 Mitunterzeichnern vom Stadtrat die Durchführung einer städtischen Konsultativabstimmung über das Y, damit man endlich wisse, ob die Bevölkerung diese Expressstrassen wirklich wollte oder nicht.
2. Die Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU), eine Vereinigung von Assistenten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten beider Zürcher Hochschulen, sammelte im Sommer innert Monatsfrist 45 000 Unterschriften für eine Petition an die eidgenössischen Räte, welche um Verzicht auf das Y ersuchte und dafür die Aufnahme des gesamten Autobahnringes um Zürich in das Nationalstrassennetz vorschlug.
3. Da man, in realistischer Einschätzung der Lage, weder auf den Gemeinderat noch auf irgendeine Wirkung der Petition vertrauen konnte, hatte man noch ein Hintertürchen entdeckt, das eine Volksabstimmung auf jeden Fall erwirken müsste: eine kantonale Volksinitiative, die den Kanton - im Fall der Annahme - zwingen würde, von der Bundesversammlung die Streichung des Y aus dem Nationalstrassennetz zu verlangen (sogenannte Ständesinitiative); dafür sollte, analog zur Petition, die Süd- und Ostumfahrung aufgenommen werden (Seetunnel), und die durch den Y-Verzicht eingesparten Gelder sollten zur umweltfreundlicheren Gestaltung des ganzen Autobahnringes verwendet werden.

Die von einem überparteilichen Komitee lancierte Initiative wurde am 1. Dezember 1971 mit 11 800 Unterschriften eingereicht. Wie notwendig dieser dritte Schritt war, erwies sich noch im selben Monat. Die eidgenössischen Räte lehnten es ab, auf die Petition einzutreten. Eine

GAM Gewaltfreie Aktion Milchbuckeltunnel

Die GAM ist seit 1. April ständig mit Informationsständen auf dem Baugelände anwesend. Sie ist vollständig offen und jedermann zugänglich. Bis 13. April wurden drei Vollversammlungen mit je 200-300 Teilnehmern abgehalten. An denen unter anderem die Lancierung einer Petition für einen Baustopp beschlossen und eine Belagerung oder Besetzung des Geländes grundsätzlich bejaht wurde.

- Die GAM ist erreichbar über:
• Tel.-Nr. (01) 26 92 89
• Postfach 299, 805 Zürich
• tagsüber an der Niklausstrasse 4, (Nähe Beckenhof)
Die neuesten Informationen bringt laufend die Telefonzeitung (01) 39 11 12.

Woche zuvor hatte die bürgerliche Mehrheit im Zürcher Gemeinderat (Parlament) auf Antrag des Stadtrates die Konsultativabstimmung abgelehnt. Begründung: Über Nationalstrassen entscheide der Bund zusammen mit den kantonalen und den städtischen Behörden; eine Befragung der Stimmbürger erübrige sich.

Im Nationalstrassengesetz heisst es aber, dass der Bund die Projekte den Kantonen und Gemeinden zu unterbreiten habe. Es heisst «den Gemeinden», nicht «den Gemeindebehörden». Dass eine Gemeinde durch die Gesamtheit der Stimmbürger besser repräsentiert ist als durch neun Stadträte, wäre eigentlich selbstverständlich, aber der Zürcher Stadtrat hat einen chronischen Hang zur liebevoll-väterlichen Bevormundung seines Volkes.

Schon damals war klar, dass das Ypsilon die ganze Stadt Zürich nachhaltig verändern würde. Aber man wollte die Meinung des «Souveräns» dazu bewusst gar nicht erfahren. Man fürchtete bereits damals, dass die Stimmbürger das

Y ablehnen würden, und deshalb musste eine demokratische Abstimmung mit allen Mitteln verhindert werden. Diese demokratiefeindliche Haltung der Behörden und grösstenteils auch der bürgerlichen Parteien zeigte sich dann mit aller Deutlichkeit in der nächsten Runde, im Ringen um die kantonale Volksinitiative gegen das Y.

Handstreich des Regierungsrates

Nun war also der Regierungsrat des Kantons Zürich am Zug. Als erstes liess er die Initiative fast ein Jahr lang in seiner Schublade ruhen. In der Zwischenzeit wurde vom Bund auf Drängen der Zürcher Regierung hin der Nordast des Y (Schwamendingen-Milchbuckel) zum Bau freigegeben.

Als zweiten Streich liess nun der Regierungsrat diesen Abschnitt Hals über Kopf in Angriff nehmen, im Wissen darum, dass im Bau befindliche Teilstücke in einer Abstimmung nicht mehr zur Diskussion stehen, und mit der Absicht, mit diesem begonnenen Teilstück das Y bis vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dieses Vorgehen kann durchaus als vorsätzliches Eingreifen in eine

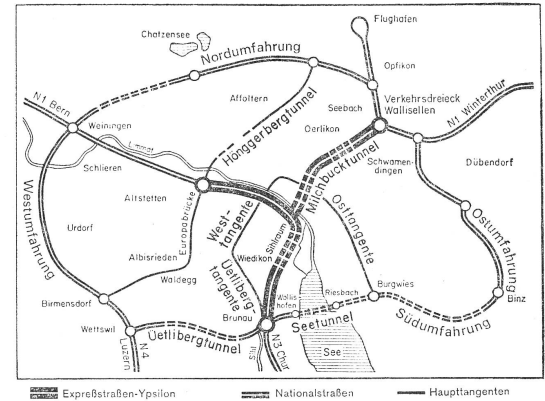
worden, damit sich die Mieter möglichst nicht organisieren.) Im Laufe des nächsten Jahres sollte dann erst mit den eigentlichen Bohrarbeiten für die erste der zwei dreispurigen Röhren begonnen werden.

Gegen dieses neuerliche Fait accompli der Behörden will sich nun die «Gewaltfreie Aktion Milchbuckeltunnel» (GAM) wehren. Analog zu Kaiserstall soll eine grosse Volksbewegung die Behörden zum Zwingen, endlich die Volksrechte zu respektieren. Als ersten Schritt fordert die GAM einen sofortigen Baustopp am Milchbuckeltunnel, so lange, bis eine ganze Reihe von Fragen abgeklärt und die hängigen Probleme gelöst sind.

Ungelöste Verkehrsprobleme...

Gründe für einen Baustopp gibt es mehr als genug. Ungelöste Probleme und Fragwürdigkeiten sind haufenweise vorhanden:

- Für die Fortsetzung des Milchbuckeltunnels unter dem Bahnhof und der Sihl hindurch Richtung Sihlstrasse und N 3 existiert noch kein Ausführungspro-



hängige Abstimmung gewertet werden. Nebenbedingte der Bau dieses ersten Nordastes allein in Oerlikon und Schwamendingen den Abbruch von 600 (billigen) Wohnungen.

Und der dritte Streich folgte sogleich: Kaum waren die Baumaschinen in Schwamendingen aufgefahren, beantragte die Regierung dem Kantonsrat, die Initiative wegen formeller (!) Mängel ungültig zu erklären. Das dazu erforderliche Zweidrittelmehr kann im Rat indessen knapp nicht zustande. Prompt versuchten drei der Regierung nahestehende Einzelpersonen, die Initiative über den Umweg einer staatsrechtlichen Beschwerde ans Bundesgericht zu biegen. Das Bundesgericht liess aber die unzulässigen Argumente der Zürcher Regierung grösstenteils abblitzen und setzte die Volksrechte über formelle Mängel. Die Begründung aus Lausanne veranlasste den freisinnigen «Bund» zu den Titeln «Schlappe für Zürcher Regierung» und «Fällige Lektion aus dem Bundeshaus». Das SP-Kantonsstrassennetz kommentiert das ganze Schauspiel: «Der Regierungsrat hat juristische Fehler in dieser Volksinitiative gesucht, um die ihm nicht genehme Abstimmung zu verhindern.»

Kosmetik und Manöver

In der Zwischenzeit hatte man etwas Kosmetik am Ypsilon betrieben und das sogenannte «umweltfreundliche Y-Plus» erfunden, das zwar ein paar der schlimmsten Auswirkungen etwas mildere, doch immer von derselben völlig verfehlten Konzeption ausging. Der Kantonsrat seinerseits besaile sich jetzt, die nun unvermeidliche Volksabstimmung mit einem «Gegenvorschlag» zu bereichern.

Man hatte inzwischen bereits gemerkt, dass es bei Alternativabstimmungen, das heisst dann, wenn ein Vorschlag einem Gegenvorschlag gegenübersteht, sich die Kräfte zersplittern und damit mit grosser Wahrscheinlichkeit keiner der Vorschläge eine Mehrheit findet. Damit bleibt alles beim alten, und genau das war ja auch die Absicht. Besonders pikant ist dabei, dass der Gegenvorschlag des Kantonsrates, das sogenannte «Y-gar keine Alternative bot, sondern lediglich das zeitliche Zurückstellen des Y-Westastes. Die Vorarbeiten für das Südportal des Milchbuckeltunnels, nahe der Limmat, sind Anfang April aufgenommen worden. Dazu gehören der Abbruch von den neu angelegten Wohnhäusern. (Die Kündigungstermine sind geschickterweise über ein halbes Jahr gestaffelt

... und politische Stoppsignale

Im Mai 1974 überwiegt das Stadtparlament ein sozialdemokratisches Postulat, wonach der Stadtrat den Verzicht auf Y und I zugunsten einer vollständig unterirdisch angelegten Westtangente prüfen sollte. Das Postulat ist bis heute unerledigt.

Schliesslich ist, wie bereits erwähnt, seit ein Jahr eine Initiative in hängiger Weise das ganze Ypsilon noch einmal der Volksabstimmung unterwirft. Ehe diese Abstimmung erfolgt ist, sollte wohl kein neues Teilstück in Angriff genommen werden dürfen. Zwar liegt die abschliessende Kompetenz bei der Bundesversammlung, aber es gibt immer noch das bundesrätliche Versprechen, dass keine Nationalstrasse gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit gebaut werden soll.

Dieser ganze Katalog legt den Schluss nahe, dass die Illegalität wohl eher auf seiten der Behörden liegt als auf seiten der Gewaltfreien Aktion, selbst wenn diese zu vordergründig illegalen Aktionen wie Geländebesetzung greifen muss.

Fünf nach zwölf oder fünf vor zwölf?

Die Frage erhebt sich allenfalls, warum der Widerstand gerade beim Milchbuckeltunnel ansetzt und ob es jetzt nicht bereits zu spät dafür sei. Die erste

Frage ist einfach zu beantworten: Der Tunnel stellt ein Kernstück des Y dar. Mit ihm steht und fällt das ganze Expressstrassenkonzept. Ist er einmal gebaut, wird sich eine Weiterführung kaum vermeiden lassen. Mit 240 Mio. veranschlagten Baukosten ist er auch ein recht gewichtiger Brocken.

Damit drängt sich auch die Ansicht auf, dass es eben gerade noch nicht zu spät ist, den Bau dieses «Yrimsins», wie ein früheres Plakat der Y-Gegner lakonisch festhält, abzustopfen. Die bereits investierten 200 Millionen sind ein schlechtes Argument, um die Fehlinvestition nun noch auf zwei Milliarden aufzustocken. Überdies hält sogar das eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau fest, dass die jetzt im Bau befindlichen oder fertigen Teilstücke nicht wertlos und verloren wären, sondern auch bei einem Verzicht auf Vollendung des Y ihre guten (?) Dienste leisten.

Der letzte Widerstand gegen das dem Volk aufzuzugewogene Monstrum wird es schwer haben. Viele der einstigen Y-Bekämpfer sind durch den langjährigen Abkündigungskrieg aller Instanzen müde geworden. Die Bevölkerung hat teilweise resigniert, vor allem in der älteren Generation. «Da nützt ja doch alles nichts mehr...»

Gerade darum müsste eigentlich die jetzige Aktion zum Prüftest unserer Demokratie werden. Zürich, Zürich oder Zürich? (Mit «ü» wie «überleben».) Beat Schweingruber

Advertisement for WOKO (Studentische Wohngossenschaft WOKO) seeking liegenschaftsbetreuer(innen) for small houses. It details the role, responsibilities, and contact information for the organization at Leonhardstrasse 19, 8001 Zurich.

Advertisement for 'das konzept' magazine. It includes the magazine's title, editors (André Masson, Langenthal), and contact information for the editorial office and subscription services.

redaktionelles ++ redak Auf Ende März ist der langjährige Redaktor Pierre Freimüller von seinem Posten beim «konzept» zurückgetreten. «das konzept» sucht deshalb auf möglichst bald einen/ine

REDAKTOR/REDAKTORIN

Erwünscht sind gute Kenntnisse in der schweizerischen Bildungs- und Hochschulpolitik sowie journalistische Erfahrung. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 1. 5. 76 an den Präsidenten des Herausgebervereins «das konzept» zu richten: Ernst Schneider, Präs. VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

A subscription form for 'das konzept' magazine. It includes a grid for entering names and addresses, and instructions for submitting the form and payment.

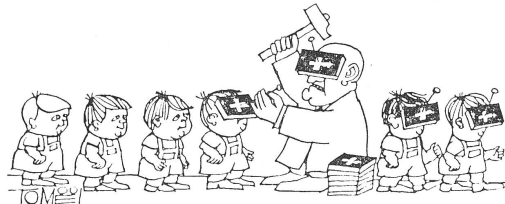
«konzept»-Report über Hintergründe von Lehrerentlassungen in der Schweiz

Unser Eisberg

«...staatstreu, loyal und vaterländisch?»

Wer darf unsere Kinder unterrichten? «Volksverhetzer und Staatsfeinde» für die einen, Bürger, die von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen, für die andern: fortschrittliche Lehrer, dienstverweigernde Lehrer, politisch engagierte Lehrer. Bald jeder Schweizer Kanton hat seinen «Fall». Ob in Bern, Aargau oder Zürich, Lehrer werden aus politischen Gründen entlassen oder nicht zum Schuldienst zugelassen. Die Vorwürfe, die Entscheider der Behörden gleichen sich in den meisten Fällen aufs Haar. Nicht Politisieren im Unterricht, Beeinflussung von Kindern in den Schulstunden steht zur Diskussion. In fast ausschliesslich allen bisher bekannten Fällen geht es um Aktivitäten ausserhalb der Schulstunden. Darf ein Lehrer den Dienst in der Armee verweigern? Darf ein Lehrer politisch aktiv sein? Muss ein Lehrer, ein Beamter also, besonders staatstreu sein? Behörden und konservative Parteien fordern klare Verhältnisse: Entlassung. Nicht

erst heute, nicht von ungefähr. Lehrerentlassungen haben auch in der Schweiz Tradition. Schon in den dreissiger Jahren hat eine bürgerliche Mehrheit Gesetzeszusätze durchgedrückt, die bis in die Formulierungen heutigen Regelungen gleichen. «Dienstverweigernde Lehrer haben es heute wohl am schwersten. Verweigerung des Wehrdienstes ist ein sichtbares, ein leicht fassbares «Vergehen». Nicht zufällig setzen hier die meisten Behörden und Gerichte an. Das Bundesgericht (im Fall Froidevaux) wie beispielsweise der Zürcher Erziehungsrat mit seinen «Grundsätzen betreffend die Beschäftigung von Lehrern... nach Verurteilung wegen Dienstverweigerung oder Aufforderung und Verteilung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten». Nicht zufällig wittern hier einige Rechtspolitiker die Chance, mit pauschalen Vereinfachungen auf Gehör beim Stimmvolk zu stossen. «das Konzept» hat Material zur Lehrer(un)freiheit zusammengetragen.



Warum soll ein dienstverweigernder Lehrer nicht mehr unterrichten dürfen, auch wenn er in seiner Klasse nicht über politische Themen spricht? «ein Lehrer ist doch einfach kein Beispiel mehr», meint der Zürcher Kantonsrat Theodor Rüegg (fdp.). Denn: «Für mich hat ein Schweizer Bürger, der nicht einmal den waffenlosen Dienst leisten will, ganz einfach einen Dachschatzen.» Der streitbare Rechtsfreisinnige hat denn auch eine Initiative angekündigt, die alle Dienstverweigerer – gleich ob aus religiösen, ethischen oder politischen Gründen – generell vom Schuldienst entfernen will.

- gegen einen Lehrer ein gerichtliches Urteil wegen Dienstverweigerung... vorliegt, wird sein Eintritt in den Schuldienst grundsätzlich verweigert, bzw. «ist seine Entlassung... zu beantragen».
- ein Lehrer «aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot» verurteilt wurde, «ist seine Vertrauenswürdigkeit bezüglich seiner Haltung zum Staat in Zweifel zu ziehen». Seine Anstellung ist grundsätzlich zu überprüfen.
- Der Zürcher Kantonsrat hat sich Ende März in einer Monstradebatte mit dem «heissen Thema» befasst. Die (bürgerliche) Ratsmehrheit liess keinen Zweifel daran, dass sie keine Dienstverweigerer im Schuldienst wünscht. Langatmige Bekenntnisse zu Staat und Armee aus der rechten Ratshälfte wurden von links prompt als «1.-August-Reden» apostrophiert, während bei Kritikern der erziehungsrätlichen «Grundsätze» eingeschmolzenes Moskauer Gedankenkartenturm vermutet wurde. Ob soviel nach einschlägiger urteilend, «in der Schule oder in der Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eintritt oder eingetreten ist bzw. einer Vereinigung angehört oder angehört hat, welche diesen Zweck verfolgt».

zuschränken seien, wenn ihnen «Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele oder Missbräuche ihrer Aufgabe nachgewiesen» werde. Er fand bei Rat und Regierung kein Gehör. Erziehungsdirektor Gilgen erwartet vom Lehrer eine «besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat». So ist «die Auffassung, dass erst bei Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele gegen öffentliche Bedenken einzuschreiten sei, entschieden abzulehnen». «Die Möglichkeit der Beeinflussung von Schülern und Jugendlichen durch Lehrer und Erzieher ist derart gross, dass hinsichtlich der geistigen Haltung keine Zugeständnisse gemacht werden können.»

Keine Zugeständnisse

«Keine Zugeständnisse» hatte der Erziehungsrat seinerzeit bei der Prüfung des «Falls Erwin Steiner» gemacht. Drei dienstverweigernde Lehrer wurden mit den neuen Grundsätzen überprüft, zwei bestanden, Steiner fiel durch. Dem zweimal wegen Dienstverweigerung verurteilten Steiner wurde «angestast, «evidenterrechtlich mißtrauische Flugblätter verteilt» zu haben (dies obwohl ihn Bezirks- und Obergericht von diesem Vorwurf freigesprochen haben). Weder die Vorwürfe an Steiner noch die Beschaffung der belastenden Tatbestände («Wie sich aus den Akten ergibt...») konnten bis jetzt vom Erziehungsrat zweifelsfrei nachgewiesen werden. Steiners pädagogische Fähigkeiten sind nie in Zweifel gezogen worden, im Gegenteil, «die diesbezüglichen Berichte lauten gut bis sehr gut».

Das Volk muss entscheiden

In Zürich hat sich ein kantonales Initiativkomitee konstituiert, das, gestützt auf Art. 29 Abs. 2 Ziff. 1 der Staatsverfassung und § 2 des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes vom 1. Juni 1969, folgendes Begehren stellt:

Der Kanton Zürich erlässt gesetzliche Bestimmungen, die eine Beschäftigung von Personen im Lehrkörper sämtlicher Stufen des zürcherischen Unterrichts- und Bildungswesens untersagen, welche wegen Dienstverweigerung zu einer im Eidg. Strafregister noch nicht gelöschten Freiheitsstrafe verurteilt und aus der Armee ausgeschlossen wurden. Diese Bestimmungen gelten sinngemäss auch für Personen, welche wegen Aufforderung zur Dienstverweigerung verurteilt wurden.

ihnen einsetzen mussten, so sind die Zeiten des kalten innenpolitischen Krieges doch vorbei – so scheint es nur auf den ersten Blick.

Hielt man es nicht für übertrieben, Steiner seinerzeit der 1965 verstorbene Basler Germanistikprofessor Walter Muschg erklärte: «Ein Gelehrter, der einmal als «Prokommunist» verdächtigt worden ist, kann vor dem breiten Publikum nur schwer verteidigt werden, auch wenn der Vorwurf aus der Luft gegriffen ist, weil wir in einer politisch vergifteten Luft leben.» Und hatte nicht der Zürcher Erziehungsleiter Dr. Alfred Gilgen vor ein paar Jahren erklärt, die Universität solle «ein Ort der Auseinandersetzung der verschiedenen geistigen

«So frei sind unsere Schulen» titelte «das Konzept» im November 1974 und veröffentlichte eine Reihe von damals bekanntgewordenen «Fällen», von Lehrerentlassungen aus politischen Gründen in der Schweiz.

«So frei sind unsere Lehrer» hütete der Titel zum nebenstehenden Report sein können. Denn das Kapitel «politische Tätigkeit der Lehrer» ist (noch) nicht abgeschlossen. Im Gegenteil.

Berufsverbote, sogenannte «Radikalerlasse» nun auch in der Schweiz? Noch nicht, zumindest noch nicht ganz. Und zwar, wie oft im Erziehungsbericht, der Kanton Zürich. Der Erziehungsrat hat hier «Grundsätze» verfasst, die die Anstellung oder Entlassung von dienstverweigernden Lehrern regeln. Eine komplizierte Eisbergspitze, zerklüftet, mit Abgründen. Denn die «Grundsätze» sind «differenziert», wie es heisst. Einer ist auch bereits in eine Eisbergspalte gefallen, Erwin Steiner, ein junger Lehrer. Der Anlass zur Errichtung dieses Prüfungsbergs. Zwei andere haben die Gratwanderung überstanden. «Nicht überzeugend», urteilte damals der «Tages-Anzeiger» und meinte die ausgesteckte Prüfungsstrecke, nicht die Lehrer. Eine Schikane soll nach dem Willen von Volksvertretern noch eingebaut werden, scharf und klar, die Guten von den Bösen trennend, eine Volksinitiative mit dem Tenor «Wer-gegen-unsere-Armee-

ist-darf-nicht-Lehrer-sein» (siehe Kasten und Hauptartikel).

Knapp über und unter der Oberfläche, dort wo es am nässesten, am kältesten ist, ist unser Eisberg nicht mehr so strahlend klar und weiss. Etllicher Schmutz hat ihn verfarbt. Das Klima dort kann ungesund sein. Hier bei uns also. Hohe Militäris und Regierende, immer nahe beim gesunden Volksempfinden, haben etliches in die Luft gesetzt, das das freie Atmen und Gehen gefährlich macht. Das berühmte Bilet «Sibirien einfach» ist – zumindest des Klimas wegen – bald überflüssig (vgl. «Unschweizerisches ausmerzen...»).

Hinter dem Eisberg, nur nach etlicher Forschungsarbeit, zu erkennen, heisst zu verstehen, sind die Gefühle der Jurisprudenz. Manches mag hier kompliziert erscheinen, eines aber ist zumindest klar: Verfassungen, Gesetze müssen ausgelegt, interpretiert werden. Und da spielt das politische Klima auch für Juristen eine grosse Rolle (siehe «Auf dem Boden der Bundesverfassung»).

Tiefer, weit unter die Oberfläche zum Verborgenen tauchen muss man, wenn man etwas über die Opfer unseres Eisbergs, die Aufs-Eis-Gelegenen, erfahren will. Denn der Eisberg hat schon viele Opfer gefordert. Lehrer, denen «staatsfeindliche Einstellung» vorgeworfen wird. Nicht etwa Missbrauch des Unterrichts. Ausser in den Fällen, wo es um Sexualekunde in der Schule geht, ein Thema, das viele lieber einfrieren wollen. Wohl weil genaue Kenntnis so behaglich warm macht. Nur wenige der Gesinnungssopfer geben gerne Auskunft, was ihnen bis heute, seit «ihrem Fall», widerfahren ist. Privat schon, aber nicht für die Zeitung; sie fürchten um ihre neue Stelle. (vgl. «Angst ist, was bleibt»).

Einige, noch viel zu wenige, haben sich daran gemacht, den Eisberg zu schmelzen, das sibirische Klima aufzuwärmen. «Demokratisches Manifest» heisst eine Gruppe von Leuten, Erzieher verschiedener Art, die sich für demokratischere Verhältnisse einsetzen (siehe Kasten).

Und wer weiss, vielleicht... vielleicht gibt es tatsächlich Tauewetter.

Konrad Fisser

«Unschweizerisches ausmerzen...» mit dem Segen der Landesregierung

«Nicht vergessen! In dieser Strasse wohnte ein Dr. Konrad Farner, der die kommunistische Tyrannei in der Schweiz errichtet hat. Er und wer mit ihm verkehrt, ist für alle Freiheitsliebenden verachtet.» Dieses Plakat hängt schon lange nicht mehr gegenüber dem Haus des Kunsthistorikers und früheren PdA-Mitglieds Farner in Thalwil. Das war 1956 nach dem Ungarn-Aufstand so; und das ist doch schon so lang vorbei. Wenngleich Farner bis 1957 unter öffentlichen Beschimpfungen und Boykott so zu leiden hatte, dass sich Kollegen öffentlich für

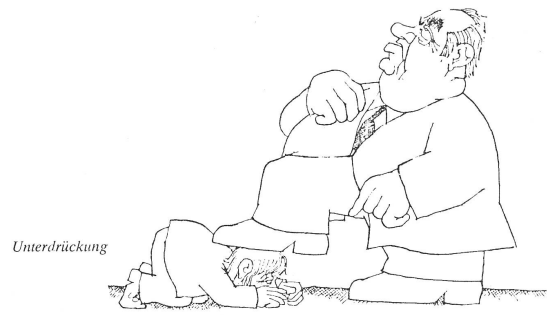
Strömungen der Zeit bleiben», an der dann auch für den ehemals verfeindeten Dr. Farner Platz war? Auf die Anfrage des SVP-Mannes Heinrich Meier gelehnte die Zürcher Regierung 1973 zu ebendem bewussten Dienstverweigerer Erwin Steiner: «Eine schlichte Kritik an staatlichen Einrichtungen und an der Armee ist, woher sie auch kommen mag, durchaus zulässig. Auch unrichtige kritische Äusserungen über die Armee und den Staat sind nicht schlechthin verboten.» Die letzte Einschränkung machte hellhörig, zu Recht, nicht neun

Demokratisches Manifest

Das «Demokratische Manifest» hat sich angesichts der zunehmenden Repression gegen Lehrer in der Schweiz gebildet. Nach der Kampagne gegen den Winterthurer Lehrer Jürg Jost haben sich Lehrer, Lehrergruppen, Gewerkschaften und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im «Demokratischen Manifest» zusammengeschlossen. Sie treten mit folgendem Anliegen an die Öffentlichkeit:

- Die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession und die politische Verhärtung bedrohen nicht nur die Arbeitsplätze, sie unterhöhlen auch die demokratischen Rechte in unserem Land.
- Immer mehr Lehrer werden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, obwohl sie fachlich ausgewiesen sind und von Eltern und Schülern geschätzt werden.
- Im öffentlichen Dienst kommt es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen.
- Die Massenmedien, vor allem Radio und Fernsehen, sind zunehmend einer stillen Zensur unterworfen. Fortschrittliche Journalisten verlieren ihre Anstellung.
- In der Privatwirtschaft ist bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern entlassen worden.
- Durch solche Massnahmen ist in unserer Gesellschaft ein Klima der Unsicherheit und Einschüchterung geschaffen worden. Verfassungsmässig garantierte Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Tätigkeit können nicht mehr ungefragt ausgeübt werden.
- Wir sind besorgt über diese Entwicklung. Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeeignet, sie müssen vielmehr erweitert werden. Ein demokratischer Staat wird nicht durch Verbote geschützt, sondern in der offenen Auseinandersetzung mündiger Bürger weiterentwickelt.
- Wir wehren uns dagegen, dass diese Auseinandersetzung durch einseitige politische Entscheidungen, hinter denen einseitige Interessen stehen, unterbunden wird. Es ist widersinnig und unethisch, von Bürger mehr Initiative und Zivilcourage zu verlangen, und ihn dafür zu bestrafen, wenn er sie beweist.
- Wir glauben, dass nur durch den solidarischen Zusammenschluss aller Betroffenen dem Abbau demokratischer Rechte, dem zunehmenden politischen Druck und dem damit verbundenen Verunsicherungsprozess entgegen gewirkt werden kann. In einer lebendigen Demokratie gibt es keine Einzelfälle, in denen nicht die Glaubwürdigkeit der Demokratie insgesamt auf dem Spiel steht. Darum darf es in ihr keine Zuschauer, sondern nur Betroffene geben.

Bisher haben das Manifest unterzeichnet: Fritz Aeberli, Vorstand Typographia; Elisabeth Bachmann, Kantonsrat; Max Bill, Fritz Billeter, Dr., Kunstkritiker; Pankraz Blesi, Dr., Mittelschullehrer; Hansjörg Braunschweig; Paul Breitenmoser; Alice Brügger, Dr., Gesellschaft der Quäker; Enzo Canonica, SBG; Walter M. Digelmann, Schriftsteller; Hans Rudolf Hiltz, Dr.; Max Frisch, Schriftsteller; Kurt Gloor, Filmemacher; Franz Häfner, Dr., Mittelschullehrer; Alfred Huber, Prof. ETH; Hugo Hübscher, Schulpfleger; André Kaminski, Fernsehens; Wille Koba, Pfarrer; Christoph Kuhn, Redaktor TA; Konrad Lutz, Lierstr. Dr., Werner Lüdi, Mittelschullehrer; Marco Mondo, Dr., Bezirksanwalt; Doris Morf; Adolf Muschg; Peter Noll, Prof. für Strafrecht, Uni; Sandro Pedroli, Dr. med.; Paul O. Pfister, Redaktor «LeserZeitung»; Alfred Rasser, Kabarettist; Walter Renschler, VPÖD; Hans Rotter, Dr. med.; Hans Roy, Pfarrer; Martin Schaub, Filmkritiker; Max Schmid, Schriftsteller; H. U. Schmutz, Dr., Mitarbeiter, Hochschulrat; Felix Schwarz; Hedi Schweingruber, Schulpfleger; Werner Sieg, Dr., Mittelschullehrer; Hugo Sonderegger, Dr., Pfarrer am Grossmünster; Ernst Specker, Prof. ETH; H. U. Steger; Barbara Weiss, Heilpädagogin; Rudolf Wulfschlegel, VPÖD; Markus Zweifel, Laientheologe; Prof. von Albertini, Universität Zürich; Heim Blochl, VPÖD; Urs Egger, Pfarrer; Donato Jaun, Mittelschullehrer; Richard Dimio, Filmer; Niklaus Meienberg, Schriftsteller; Alexander J. Sciler, Filmator, Schulpfleger; Dieter Schumacher, Kunstmalerei; Rosina Kuhn, Kunstmalerei; Peter Schwegler, Regisseur; Stefan Hugli, Mittelschullehrer; Peter Hürzeler, Karikaturist.



Wohlverhalten verlangt

Ist das ein Gesinnungswechsel? Während des letzten Jahres ist viel von einer Verschärfung der Repression gesprochen worden. Tatsächlich geht der eider

Fortsetzung auf Seite 4

Unschweizerisches...

Fortsetzung von Seite 3

genössische Staat auf den verschiedenen Ebenen heute systematischer und schärfer gegen seine Kritiker vor, in der ganz offen Basis institutionen...

Wie lange duldet man noch...?

Wenn ein Mitglied der Landesregierung die bürgerliche Parlamentsmehrheit dafür lobt, dass selbst ein durch den Willen der Bürger in ein Amt gebrachter Volksvertreter an der Wahrnehmung einer Aufgabe entfallen...

Es wäre eine Verharmlosung, all die Fälle von Berufsbehinderungen immer noch isoliert auf lokaler Ebene zu betrachten, wo es jeweils überörtentliche Borniertheit durchgesetzt hätte...

staats-treu...

Fortsetzung von Seite 3

Komitee, dem vor allem Kantonsräte der SVP und des Freisims neben den Nationalräten Hans Ulrich Graf (rep.) und Werner Leutenegger (svp) angehören, wird vom freisinnigen Kantonsrat Theodor Rüegg präsidiert...

Rüegg ist überzeugt, dass seine Initiative beim Volk durchkommen wird. «Wir haben viele Sympathieadressen und Telefone bekommen, die zeigen das Gefühl auf Ablehnung zu stossen, auch wenn die ganze Presse dagegen ist...

nen ist oder aber ob hier erst die Spitze eines Eisbergs von politischer Gewalttätigkeit zum Vorschein kommt: Einstellung zum Militär ist leichter zu erfassen als «Weltanschauung»...

Ist man zunächst versucht solche Apelle als einsame Aufe von Aussenseltern auf verlorenen Posten abzutun, so kann EMD-Chef Rudolf Gnägi den Zweifler eines Besseren belehren...



Die Repression hat Tradition

«Leider haben einzelne Mitglieder der Lehrerhabende die ihnen obliegenden Pflichten aus den Augen verloren und nicht nur mit ihrer Beteiligung an den politischen Parteitämpfen die gesetzlichen Schranken überschritten, sondern sich selbst, unter Missbrauch ihres Amtes, so weit gegangen, ihren mit der bestehenden Staatsverfassung nicht übereinstimmenden Ansichten bei der unreifen und unerfahrenen Jugend Eingang zu verschaffen»...

es uns vergönnt sein, alles Defätistische, Unschweizerische und Fremde, das unserem Wesen nicht angepasst ist, auszumerzen und zu überwinden... Eine Interpretation dessen lieferte «Der Schweizer Soldat» (Nr. 10, 30. Juni 1969)...

Eine andere Arbeit zuweisen

Natürlich zeichnen sich dabei unsere Militärs besonders aus, denn sie waren und sind es ja, die ihre Aufgabe und ihre Interessen gefährdet sehen: «Eindringt steht fest, dass man versucht, die künftigen Wehrmänner, die Sekundär-, Real-, Gewerbe- und Mittelschüler frühzeitig zu beeinflussen, ja zu indoktrinieren, um im Verlaufe der Zeit immer mehr Feinde unserer Sache in die Armee zu infiltrieren...»...

Wird ein Lehrer entlassen, aus politischen Gründen, dessen Dienstverweigerung, so kann er damit rechnen, dass sein «Fall» in der Öffentlichkeit einigen Staub aufwirbelt. Was nach den Pressekonferenzen, den Kampagnengeschichten, wenn der betreffende Lehrer eine neue Stelle suchen muss, bleibt zumeist verborgen...

Die Angst, den Brotkorb und den Wunschberuf zu verlieren und keine Arbeit mehr zu finden, ist heute bei der Repression ein zentrales Moment. Mit dieser Einschüchterung arbeitet, die Repression hauptsächlich: Ähnlich Denkweisen werden unterdrückt und ihre Ideen im Keime erstickt...

Ich gehe davon aus, weil ich in meinem Fall (Berufsverbot im Kanton Zürich wegen Militärdienstverweigerung und antimilitaristischer Tätigkeit) im letzten Jahr und auch jetzt noch diesen starken seelischen wie wirtschaftlichen Bruch verspüre, den die direkte Repression in mir auslöst...

Nachdem das Berufsverbot einmal ausgesprochen war, suchte ich monatelang eine Stelle und fand vorerst einfach nichts in der Umgebung. In einer staatlich anerkannten Privatschule in Zürich zum Beispiel drückte man mir gleich den Stundenlohn in die Hand, ich mit den Zeugnissen und Diplomen aufwartete...

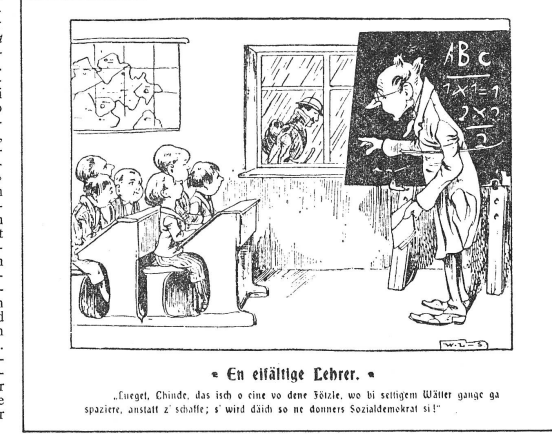
als die Hauptschuldigen des Volksaufstandes. Viele wurden suspendiert und entlassen, andere zur Auswanderung gezwungen, zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt oder ermordet. Mit Verfügen «betreffend die vor Berufung, vor allen Anstellungen usw. über die politische Unzulässigkeit der Erziehung und Erziehung» (Minister Raumen, 1851) wurde die Hatz gegen fortschrittliche Lehrer fortgesetzt...

«Die Freiheit, die sie meinen» Als erweitertes Weisbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz publiziert die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) eine neue Broschüre mit dem Titel «Die Freiheit, die sie meinen»...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

Macht vor Recht – auch in der Schweiz Die Kriminalisierung und Verfolgung von Andersdenkenden in der Zeit der grossen Krise hat auch vor unseren Grenzen nicht aufgehört. Einige Beispiele aus den Jahren 1932 bis 1937 zeigen das...



Angst ist, was bleibt...

zum erstmal in meinem Leben beginnen, höhere Schulden zu machen. Auch das Stempeln, mit dem ich inzwischen begonnen hatte, machte mir Angst. Was war das auch nach den nur 5 Monaten passieren, während deren man Anspruch auf Arbeitslosengelder hatte? Im nächsten Jahr konnte ich ausserdem nur Arbeitslosengelder beziehen, wenn ich in diesem Jahr mindestens 130 Tage Arbeit nachweisen konnte...

Was mich gegen trotz vieler Aussagen und schlechten Erfahrungen immer wieder aufstellte, war die Solidarität und Hilfsbereitschaft meiner Freunde und Kollegen, auch der Gewerkschaft VPOD und der Sozialdemokratischen Partei. Mir wurde ideell wie finanziell viel geholfen (Basisgruppe Seklehrer, Veranstaltungen, Rechtsanwalt, Parlament, Sammlung)...

Immerhin konnte E. S. trotz «Berufsverbot» im Kanton Zürich in der Innerschweiz einige Aushilfsstunden geben. Kaum besser erging es Jörg Lust, der jetzt von «einigen Aushilfsstunden, vor allem an Privatschulen», lebt. Eine Anstellung als Assistent an der Universität Zürich wurde mit dem Hinweis abgelehnt, ein besser qualifizierter Kandidat sei gefunden worden. Nachfragen ergaben allerdings, dass die Erziehungsdirektion Jost nicht hatte antworten wollen...

P. V., ehemaliger Lehrer in einem grossen Deutschschweizer Kanton, steht noch heute in Verhandlungen mit den Behörden wegen seiner Abberufung. «Es wäre äusserst problematisch gewesen», meint er, «ein einen Jugendeinzel in der Deutschschweiz Arbeit zu finden». Einschlägige Erfahrungen sind vorhanden. Vor et was mehr als ein Jahr ist er an ein privates Heim gewählt worden. Ebenso erging es U. R., auch er hat jetzt eine Stelle in einem privaten Heim. Einzig B. W. weiss von keinen Schwierigkeiten bei der Stellensuche zu berichten. Seine Dienstverweigerung war kein Hindernis für die Wahl an ein heilpädagogisches Seminar...

Einige weitere Lehrer wollten keine Stellungnahmen für «das konzept» abgeben. «Schauen Sie», meint einer, «ich habe wirklich Angst, meine Stelle zu verlieren, wenn meine Vorgesetzten wieder in der Öffentlichkeit von meiner Dienstverweigerung hören.»

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

«Liebe zum Vaterland» Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden. Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen...

Macht vor Recht – auch in der Schweiz Die Kriminalisierung und Verfolgung von Andersdenkenden in der Zeit der grossen Krise hat auch vor unseren Grenzen nicht aufgehört. Einige Beispiele aus den Jahren 1932 bis 1937 zeigen das...

1932 konnte es geschehen, dass ein katholischer Pfarrer in Oberwinterthur einen Schüler, der am 1.-Mai-Umzug teilgenommen hatte, vor sich niederknien liess und ihn mit Faustschlägen traktierte; dass die Sekundarschulbehörde von St. Gallen beschloss, alle Schüler und Lehrer hätten das Defilee der 6. Division anzuschauen. Dies ist das Klima, in dem der Bundesrat am 3. Dezember 1932 den Ausschluss der Kommunisten aus dem Bundesdienst beschloss. Der schweizerische Faschismus, der noch als Rechtslügler der Freisinnigen agiert, hat damit den ersten wichtigen Schritt zur Repression der Linken getan.

Fortsetzung auf Seite 6

Faschismus an der chilenischen Universität

Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur

Mit 30 gegen 0 Stimmen und bei 7 Enthaltungen hat der Exekutivrat der Unesco im September zum Ausdruck gebracht, dass die Situation in Chile «äusserst besorgniserregend» ist. Er hat eine Resolution verabschiedet, in der er bedauert, dass den Vertretern der Menschenrechtskommission der Zugang zu chilenischem Territorium verweigert wurde. Der gleiche Text verlangt von den chilenischen Behörden, alle Massnahmen zu ergreifen, damit die Menschenrechte respek-

tiert und das kulturelle Leben und die Durchführung des Unterrichts in normaler Weise gewährleistet werden. Muss man noch festhalten, dass dieser Aufruf von der Junta natürlich nicht befolgt wird? Es wird andere, viel energiereichere Schritte brauchen, damit Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Chile ihre Rechte wieder erhalten. General Pinochet und seine Freunde haben wohl verstanden, dass ihre brutale und brüchige Gewalt eine strenge Kontrolle aller Aktivitäten verlangt.

Nach der Ermordung von Salvador Allende wurden zahlreiche Lehrer und Studenten, die seit langem auf der schwarzen Liste der zukünftigen Junta standen, festgenommen, gefoltert oder «verschwanden» ganz einfach – was lei-

bensänglich von den Universitäten verbannt. Diese massive Säuberung betraf 40% der Lehrer der Primar- und Mittelschulen; in den Universitäten betraf sie nach gewissen Quellen 25%, nach anderen 35% der Professoren. Es ist wahrscheinlich, dass diese Prozentsätze auf den drei Unterstufen steigen werden. Denn die Säuberung hat nicht aufgehört: sie ist im Gegenteil eine permanente Institution geworden.

Während dieser Säuberungswelle entschloss sich die Junta, die Gehälter der Lehrer auf der niedrigsten Stufe der Beamtengehälter anzusetzen. Wie man sich vorstellen kann, handelt es sich hier um eine kollektive Züchtigung reiner Hitlerscher Tradition. Wenn der chilenische Lehrer bestraft wird, so deshalb, weil die Junta glaubt, er habe eine bedeutende Rolle in der Verbreitung «neuer Ideen» gespielt.

Auf die Folge dieser Massnahme brauchte man nicht lange zu warten: eine bestimmte Anzahl Lehrender, angewidert durch diese «Rückversetzung», zieht es vor, im Ausland Stellen zu suchen, die ihrem Abschluss eher entsprechen.

Bildung nicht gefragt

Das Widersinnige der Erziehungspolitik der Junta erscheint hier voll in seiner blinden Stupidität: Durch ihre repressiven Massnahmen organisiert sie selbst die Flucht der chilenischen Intelligenz. Tatsächlich nimmt der Auszug der Wissenschaftler alarmierende Proportionen für die Zukunft der Wissenschaft in Chile an: Die Abteilungen für Biologie, Mathematik und Physik der Universität Chile haben jeden Monat weniger Professoren und werden bald funktionsunfähig sein.

Andererseits sind gewisse Disziplinen bei der Junta von vornherein so schlecht angeschrieben, dass die Seminare, in denen sie unterrichtet wurden, in einigen Fällen ganz einfach aufgehoben wurden. Es handelt sich um Politik- und Wirtschaftswissenschaften, die Institute für Journalismus, Pädagogik und hauptsächlich Soziologie, das schwarze Schaf der Junta. Die Vorlesungen in Soziologie sind überall geschnitten, gestrichen worden, ausser an der katholischen Universität Santiago, wo sie für das richtige Gedankengut aller Generationen boten.

Chile – 30 Monate danach

Man sollte meinen, dass der Militärputsch in Chile eigentlich genügend diskutiert worden ist. So dass sich der VSS da nicht auch noch einschalten muss. Uns geht es jedoch nicht darum, das Thema Chile auch noch aufzunehmen und in den weitesten Protestorchern gegen die Verletzung der Menschenrechte, die illegalen CIA-Aktivitäten usw. einzustimmen. Solches ist ausserdem bei unserer neutralen Obrigkeit verpönt. Es ist auch nicht das zentrale Anliegen eines Verbandes, wie es der VSS ist. Wenn wir uns aber doch solidarisieren mit den chilenischen Studenten und einen Tag organisieren, um auf die Zustände an den chilenischen Bildungsanstalten aufmerksam zu machen, so liegt das durchaus im Rahmen der Verbandstätigkeit. Was an den chilenischen Universitäten vorgeht, darf uns nicht kühn lassen. Unabhängig von der persönlichen Weltanschauung und über politische Grenzen hinweg müssen Zustände, wie sie in Chile im Bildungssektor und anderswo vorherrschen, verurteilt werden. Wir vom VSS wollen keine einseitige Politik machen. Wir möchten aber, dass sich die Studenten der «ältesten Demokratie der Welt» auch zur Demokratie und einem adäquaten Bildungssystem bekennen. In Chile ist im Moment weder das eine noch das andere vorhanden. Deshalb haben wir für den

7. Mai 1976

(30 Monate nach dem Putsch) einen

Solidaritätstag mit den chilenischen Studenten

organisiert. Voraussichtlich werden uns am 8. Mai die meisten europäischen Universitäten folgen. Überzeugt haben uns nebenstehender Artikel aus «Le Monde Diplomatique» und die in der letzten Zeit auch in der Schweizer Presse auftauchenden Schreckensmeldungen. Uns scheint es an der Zeit, dass sich die Schweizer Studenten klar vom heutigen chilenischen Bildungsverständnis distanzieren. VSS-Vorstand



Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

der keine Zweifel über ihr Schicksal zulässt. Andere, die den Massenhinrichtungen entkommen, sind immer noch eingesperrt. Andere wieder konnten rechtzeitig fliehen und das Land verlassen. Andere wurden schliesslich ohne Erklärung vom Unterricht entlassen oder

Gewerkschaften helfen den Studenten

Dank den Verhandlungen, die der VSS-Vorstand mit den Gewerkschaften VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) und der GBH (Gewerkschaft Bau und Holz) geführt hat, ist es den Studenten nun möglich, sich bei den Arbeitslosenkassen dieser Arbeitnehmerorganisationen zu versichern. Die Kasse wird von der GBH betrieben. Der VPOD unterhält jedoch einen Vertrag mit der GBH, wonach sich seine Mitglieder bei der GBH-Kasse versichern können. Grosszügigerweise hat nun der VPOD den versicherungswilligen Studenten die Türen geöffnet und lässt sie via VPOD der Kasse beitreten:

Arbeitslos während oder nach dem Studium – was tun?

- Werkstudenten:
- Mind. 20 Std./Woche regelmässig arbeiten, bei Lehrern die Hälfte des üblichen Pflichtstundenpensums an dieser Schule
- Nachweis erbringen, dass während der letzten 365 Tage regelmässig 20 Std./Woche gearbeitet wurde.
- Absichten davon kann man bezahlte Ferientage und bis zu 50 Arbeitlosentage
- Inners 3 Monaten nach Abschluss der Ausbildung anmelden
- Kein Nachweis vorheriger Arbeit nötig
- Anmeldefrist verläuft sich um die Dauer von Militärdienst oder bei sprachlicher Weiterbildung im Ausland
- Man muss sich der Arbeitsvermittlung uneingeschränkt zur Verfügung stellen
- Kopie des Lizenzats od. entspr. Abschluss beilegen
- Abbrecher
- gleich wie die Absolventen (Kopie der Exmatrikulation)
- Bei Anlagen bei der Anmeldung nicht vergessen!

Studenten helfen den Gewerkschaften

Die 47. Sitzung des Delegiertenrates (DR) des VSS gab am 27. Februar in Olten grünes Licht für eine Unterstützung der SGB-Petition «Berufsbildung muss mehr sein als Ausbildung zum JOB». Der Antrag des VSS-Vorstandes, wonach die Sektionen Unterschriften sammeln sollen, wurde einstimmig angenommen. Dies dürfte das erste Mal sein, dass in der Schweiz die Studenten die Gewerkschaften nicht nur verbal, sondern durch Tat aktiv unterstützen. Am 25. Mai soll eine breite Sammelaktion für die Petition durchgeführt werden.



Wir werden im nächsten «konzept» in der VSS-Spalte noch näher auf Sinn und Unsinn der Berufsbildung eingehen. Ein Einsetzen des Dachverbandes der Studentenschaften für eine ausgebaut Berufsbildung scheint uns nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend notwendig. Zu lange war Bildung einer intellektuellen Elite vorbehalten, und der Rest, wohlvermerkt die grosse Mehrheit, musste sich mehr oder weniger mit Ausbildung begnügen. Es kann deshalb nicht nur auf die berufliche Laufbahn vorzubereiten, sondern auf das Leben, auf ihre Stellung in der Gesellschaft als Staatsbürger, Erzieher und Konsument. Somit wird sich auch für etliche Studenten die Frage nach Inhalt und Umfang der Berufsbildung stellen. VSS/es



Auch wenn sich noch niemand daran gemacht hat, die Geologielehrbücher mit dem Unterricht der Genesis in Einklang zu bringen, so hat man sich hingegen sehr besorgt gezeigt um den Geschichtsunterricht, der von einem Regime, das die Vergleiche scheut, als gefährlich und explosiv betrachtet wird. Vorsichtige Scheren haben im Lehrplan, der in Chile unserem Mutpensum entspricht, den ganzen Zeitabschnitt von 1891 bis zum 11. Sept. 1973 herausgeschnitten, d. h. 82 Jahre chilenischer Geschichte, von denen die jungen Gymnasiasten von Santiago und von anderen Orten überhaupt nichts mehr erfahren dürfen. Wer weiss, welche Gedanken diese Periode der Vor-Junta in ihnen wecken könnte, sogar wenn sie «richtig unterrichtet» würde! Besser ist also hier – wie anderswo – die sancta simplicitas der Unwissenheit.

Militärs statt Wissenschaftler

Die Autonomie der Universitäten ist eine weitere Gefahr, die die Junta schnell erkannte: Von den Professoren gewählte Universitätsräte oder Rektoren wurden aufgelöst beziehungsweise entmacht. Und da die Lehre eine zu ernste Sache ist, um sie in Händen von Zivilisten zu lassen, wurden Generäle oder Admirale an die Spitze der Universitäten gestellt. Diese höheren Offiziere verstehen dem Erziehungsminister, der selbst Admiral ist. Sie kumulieren die ganze Macht, die vorher in Händen der gewählten Rektoren und der Universitätsräte war. Die wichtigste Macht der ernannten Rektoren ist natürlich, die Reinheit des Geistes zu überwachen. Aber in dieser Aufgabe wird der General oder Admiral von einem «fiscal» unterstützt und aufgeklärt. Ein «fiscal» ist ein Gericht, das

von einer Person präsidiert wird, die direkt von der Junta ernannt wurde. Dieser «fiscal», der permanent an der Universität tagt, sammelt Denunziationen, leitet die Untersuchungen, verhört die Verdächtigen und entscheidet ohne Einspruch über ihr Schicksal, seien es Professoren, Studenten oder Verwaltungspersonal. Wenn man bedenkt, dass, wer in Chile heute an der Universität entlassen wird, anderntags eingesperrt, gefoltert, auf unbestimmte Zeit interniert werden oder «verschwinden» kann, dann wird man begreifen, dass die Anwesenheit eines «fiscal» an jeder Universität nicht dazu beiträgt, das Studium zu erheitern.

Wenn man diese Texte liest und über diese Massnahmen nachdenkt, wird einem die Geisteshaltung der Junta klar: Im Grenzfall gilt, wer auch immer student, gefährdet den Staat. In jedem offenen Geist dringen schlechte Ideen ein. Lesen heisst schon sündigen.

Bücherverbrennungen und ...

An der Universität Chile kauft die «efortia encargada de nuestra biblioteca» (die Bibliothekarin) keine Bücher mehr: Sie stellt eine Liste derjenigen Bücher auf, die auf den Scheiterhaufen sollen. Ihre Auswahl ist, so kann man wohl sagen, sehr katholisch, da auf ihrer Liste die «Politischen Parteien» von Maurice Duverger und «Die neue Industriegesellschaft» von John K. Galbraith aufgeführt sind.

Die Junta hat beim Drucker einen Aufsatz beschlagnahmt und vernichten lassen mit dem Titel «Ideal der Geschichte». Dies obwohl der Autor alle Garantien bot: Claudio Oregó, christdemokratischer Ex-Abgeordneter, der mit Erbitterung gegen Allende gekämpft hatte. Was was denn eigentlich sein Vergehen? In seinem Buch untersuchte er die Verantwortung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Keine einzige Zeile bezog sich darin auf Chile, aber die Junta fand es nicht ziemlich, dass man im Hause des Gehängten vom Strick spricht.

... Zensur

Selbst die Päpste werden zensuriert. Den Journalisten wurden mündliche Befehle erteilt, die heikelsten Stellen aus «Quadragesimo Anno», «Mater et Magistra», «Populorum Progressio et Rerum Novarum» nicht zu zitieren. Gewiss, Päpste sind nicht Marxisten, aber sie haben zufällig, wenn auch nur in sehr verschleierte Form, die grossen sozialen Probleme unserer Zeit angeschnitten.

Fortsetzung auf Seite 6

Seminar des VSM und des VSS

NC? NC!

Die Probleme um die Aufnahmekapazitäten der medizinischen Fakultäten sind – wie mittlerweile allgemein bekannt – weit davon entfernt, gelöst zu werden. Im Gegenteil: An einigen Orten läubeln die Verantwortlichen offensichtlich mit der Einführung eines Numerus clausus bereits für das Wintersemester 1976/77. «NC für Mediziner» – das leider zum Hauptinhalt hochschulpolitischer Diskussionen gewordene Stichwort, das aber nur eine der krisenhaften Entwicklungen im Hochschulwesen etikettiert – beschäftigt jedoch nicht allein die Bildungs-, sondern auch die Gesundheitspolitik: Wie viele Ärzte werden benötigt, wer setzt ihre Anzahl fest, was darf die Gesundheitsversorgung kosten usw. usf. Dies sind Fragen, die um die NC-Problematik aufgeworfen werden und denen sich das Seminar unter dem Titel

Numerus clausus, Mediziner Ausbildung und Gesundheitspolitik widmet.

Datum: 22. Mai in Bern Teilnehmer: alle Studenten, die sich dafür interessieren

Um den Organisatoren einen Überblick über die zu erwartende Teilnehmerzahl verschaffen zu können, bitte untenstehenden Talon bis 8. Mai an den VSS. Dokumentationsmaterial (Arbeitsunterlagen) und ein genaues Programm (ebenfalls vorhanden auf den Studentenschaften) wird dann rechtzeitig zugesandt. VSM/VSS

Name, Vorname _____ Adresse _____ Studienrichtung _____ Universität _____

treffpunkt

Kulturförderung bei Landis & Gyr

Verdammte Frauen - Verbannte Widersprüche

Glosse

Wann endlich kommt die UHV?

Zürich: Welches seriöse Mädchen möchte mit einem Teil der Freizeit verbringen? Bin Chemiker, 25, mit humanistischer Vorbildung...

ZH.SG: Welches sinnliche, reife Mädchen bringt einem schlanken, unerfahrenen, schüchternen Studenten (21/178) die Liebe bei? Auf Deinen Brief mit Photo warte ich sehnsüchtig...

Zürich: Ausländischer Student, 24/170, möchte einen hübschen und zärtlichen Freund bis 26 kennenlernen. Jede Bildschrift wird beantwortet...

Suche für Indonienreise in Bus einer Reisegesellschaft reiferes Mädchen, unverheiratet. Näheres Kennenlernen erwünscht. Briefe Photo belegen...

Otschw. Boy, 28/182, schlank, in guter Position tätig, sucht Kontakt zu einem intelligenten, sportlichen Freund. Habe vielseitige Interessen...

Strafgefangener in Deutschland, 27 Jahre alt, 178 cm gross, schlank und blond, sucht auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege Verbindung...

Wohhabende Bürger aus den Städten tummelten sich auf den Engadiner Seen beim Eisbaden, bevor sie sich im «Palace» über den Kaviar hermachten...

FLOHMARKT

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf

Möbliertes 4-Zimmer-Reiheneinfamilienhaus zu vermieten. Vom 1. Juni 1976 bis 28. Febr. 1977...

ZH. Student med. sucht Zimmer in kleiner Wohngemeinschaft (max. 4 Leute) in ruhiger Lage...

Wohngemeinschaft, Raum Zürich-Enge, mit relativ lockerem Zusammenleben, sucht zu einem weiblichen und zwei männlichen Wesen ein weiteres weibliches...

Wer zahl - befiehlt - und verbietet, z. B. eine Ausstellung über den Maler Giovanni Segantini. Die Kulturstiftung des Konzerns Landis & Gyr bestellte im Frühjahr 1975 eine neuartig didaktische Ausstellung...

Ferienlandschaft Engadin - von Giovanni Segantini (1858-1899) auf die Leinwand gebannt und mit seltsamen Wesen bevölkert. Wen traf man dort oben an?

Wohhabende Bürger aus den Städten tummelten sich auf den Engadiner Seen beim Eisbaden, bevor sie sich im «Palace» über den Kaviar hermachten. Die einheimischen Bergbauern schippten zwischen den Schnee von der Strasse und fegten die Curling-Bahn glatt.

Arbeiter hatten so gut wie keine Ferien und nur max. 13 Stunden Arbeit. Vielleicht auch weder Zeit noch Lust, in der Umgebung der Städte spazierenzugehen. Distanz also auch in der Freizeit...

Segantini, wohnhaft in Maloja, malte wieder die einen noch die anderen nur für die anderen (seine Bilder kosteten zwischen 5000 und 30 000 Franken) zum z. B. «die bösen Mütter». Spazierte man durch die Ebene des Engadins, vor dessen leicht abgederter Kulisse die Frauen schweben, würde man vergeblich nach ihnen Ausschau gehalten haben...



Giovanni Segantini: «Die bösen Mütter/die Kindsmörderinnen». 1896. Öl auf Leinwand, Wien, Kunsthistorisches Museum.

Warum hängt dann die Frau auf dem Bild im Baum? Schon kurz nach Segantinis Tod wusste man das auch nicht mehr so genau: in einem Lexikon von 1907 wird vermutet, dass es sich um Frauen handle, «deren Leichen nach dem Rückgang einer Überschwemmung in den Krönen von Weidenbäumen hingengebunden sind».

Die Moral: Frauen, die so viel Lust um der Lust willen geniessen und diese nicht mit den Strapazen einer Geburt und Kinderaufzucht bezahlen wollen, sollen auf ewig in die Eiswüste verbannt werden und dort frieren und schlotteln...

Welche Frauen sind nun abgebildet, welche angesprochen? Die Arbeiterinnen? Sie hatten solche Bilder nicht nötig, denn sie hatten die Hölle schon im Alltag: 12mal schwanger in einem Jahr, 14 Stunden Arbeit an einem Tag. Für sie galt nicht diese Kunst...

Hat es Segantini dann etwa auf die Bürgerfrauen abgesehen? Denn ging es zwar besser als ihren Schwestern in den Fabriken, sie durften aber nicht viel mehr tun als ebenfalls gebären, dem Haushalt vorstehen - und präsentieren. Auch einige von ihnen kämpften in Vereinen für das Frauenstimmrecht...

Die Frauen sind im Alltag aus den Männerdomänen nicht mehr fernzuhalten und beginnen, in jeder Hinsicht ein eigenes Leben zu führen, sehr zum Missfallen von Segantini: «Unsere gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft zeugt leider nur Frauen mit kranken Nerven, die mehr eitle Puppen als gute Mütter und treue Gefährtinnen des Mannes sind».

Segantini verurteilte die «Kindsmörderinnen» moralisch, nicht ästhetisch. In diesem symbolistischen Bild wird das Böse nicht mit einem Symbol des Bösen, etwa dem Hässlichkeit, zum Ausdruck gebracht, vielmehr in solch vorführerischer Schönheit, mit wehenden vollen Haaren, halburchichtigten Phantasiegewändern...

deren Mitglieder sicherlich Originalkunstwerke in ihren Wohnzimmern hängen haben, als vielmehr für die Arbeiter und Angestellten des Zweigwerkes Zug. Denen gegenüber war eine Darstellung von Kunst nicht zu verantworten, deren Präsentation eine Verbindung zum Alltag der Angesprochenen geschaffen hätte.

«das Konzept» hat sich die verbotenen Texte und Bilder bei den Autoren der Ausstellung angesehen und sich besonders über das Kapitel der Ausstellung «Segantini - Prediger der Mutterschaft und Richter über das Liebesleben» orientieren lassen.

Sie haben es getragen, Jahr für Jahr, und können es tragen nicht mehr. Die Unternehmer, Das Risiko nämlich. Wer kennt schon die Mühe und Last dieser Minderheit, die jene Bürde auf den Schultern trägt...

Wo bleibt da die Menschlichkeit, wo die Regierung? Heute, wo jeder schon genug verdient, ohne kaum eine Hand zu rühren, ist es geradezu anachronistisch, um nicht zu sagen: ausbeuterisch, dass jene, die wirklich etwas unternommen haben, keine grössere Sicherheit zuteil wird. Darum hat sich ein Komitee gebildet...

Barbara Bauz Freiwilige Beiträge von verantwortungsbewussten Schweizer Bürgerinnen und Bürgern können ab sofort auf das Konto des «Komitees pro UHV» einbezahlt werden (Vermerk «UHV»); PC 80-37626

Zeitung vor und versucht, auf den Artikel Einfluss zu nehmen. PS: Das SIK erklärte sich inzwischen bereit, wenn irgend möglich auch die zensurierte Ausstellungsfassung zu realisieren. Der dann mögliche Vergleich kann spannend werden!

Ernst Schlaginhaufen

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenstärker und ruhiger herausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Das andere Italien

«Weil wir davon ausgehen, dass Du nicht nur wachend in Gemälden und Skulpturen und Ruinen herumsteigen willst, versuchen wir als Ergänzung notwendige und nützliche Informationen über die aktuelle wirtschaftliche, politische und soziale Lage Italiens sowie konkrete Reisepläne zu geben und auf Vorbereitungsmöglichkeiten hinzuweisen».

«Italien - das andere Reisehandbuch» zu beziehen für 3 Fr. in Marken und Retourcouvert beim SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich.

Das Italien-Reisehandbuch des SSR kann - wie auch die Informationsbroschüren «Griechenland» und «Eisenbahntipps» - bei der Studentischen Buchhandlung, Rämistr. 66, 8001 Zürich, gekauft werden.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das Konzept»:



gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reise-partner oder eine Reisepartnerin suchen.

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an «das Konzept», Reis mit!, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss für die Mannheimer: 7. 5. 76.

- Let's travel together! Individualistin sucht Trampgefährtin (18) für etwa 6monatigen Fernost-Trip... Suchst Begleit(in) für eine Reise über Land nach Indien/Südostasien... Studentin, 23, sucht Reisepartnerin... Suchst Reise-Malaria-Fiebriger für Peru bis Patagonien... Suchst Reisepartner(in) für ein Inter-Rail-Trip quer durch das mittlere und nördliche Europa... Suchst Reisepartner(in) für ein Inter-Rail-Trip quer durch das mittlere und nördliche Europa...

Wohngemeinschaft

Zur Bildung einer Fünfer-Wohngemeinschaft in einer geräumigen 8-Zimmer-Wohnung, suchen wir (2-3) drei o. Lage: Würenlos (AG), 5-10 Min. vom BfH. Killwangen/Spreitenbach. Sonntag, ruhig, mit kleinem Garten. Mietzins: 1100 Fr. Tel. (056) 74 25 56.

Ihre DISSERTATION druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin logo and contact information for dissertation printing services.

DISSERTATIONEN table with columns for format (druckt exzellent), price (bei Expl. / DM pro Seite), and contact info for BÖNECKE.

Mit dem SWISSAIR - Jumbo - Jet am 7. Juli nach New York Fr. 538.-

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST advertisement with contact form and coupon.



Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGES ANZEIGER

Tages-Anzeiger
Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

MAGAZIN

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen. Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon — — — — —

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
Postfach, 8021 Zürich